

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 24. Jänner 1969

Blatt 175

Straßenbau-Bilanz 1968:

70 Kilometer neue Fahrbahnen

24. Jänner (RK) Das Wiener Straßennetz, welches sich in seinem Umfang der 20-Millionen-Quadratmeter-Grenze nähert, ist im wahrsten Sinne des Wortes mit der Problematik "belastet", die heute in allen Großstädten der Welt existiert: es handelt sich um die Tragfähigkeit der Fahrbahnen, die mit der unablässig steigenden Verkehrsbelastung Schritt halten muß. Anzahl und Gewicht der Fahrzeuge wirken sich stark auf die Fahrbahnen aus und sind in Wien nicht zuletzt schuld an den Frostschäden der jüngsten Zeit, für deren Behebung die Stadtverwaltung ein Sofortprogramm hat anlaufen lassen.

Die Bilanz der städtischen Straßenbauabteilung für das Jahr 1968 präsentiert respektables Zahlenmaterial: 631.000 Quadratmeter Fahrbahn wurden gebaut, mehr als 1,1 Millionen Quadratmeter instandgesetzt. Auf Fahrbahnlänge umgerechnet, sind das - bei einer angenommenen Breite von 8,90 Meter - 70 Kilometer an Neuherstellungen und 131 Kilometer an Instandsetzungen.

Bei den Gehsteigen wurden 87.000 Quadratmeter neu hergestellt und 98.000 Quadratmeter instandgesetzt. Für eine angenommene Gehsteigbreite von 3,30 Meter ergibt das 27 Kilometer Neuherstellungen und 30 Kilometer Instandsetzungen.

Die größte innerstädtische Baustelle des Jahres 1968 lag natürlich im Bereich des südlichen Gürtels. Diese Arbeiten reichen tief in die angrenzenden Bezirke hinein. Die Wiedner Hauptstraße (südlich Richtungsfahrbahn von Kliebergasse bis

./.

Schönburgstraße), die Quellenstraße (von Favoritenstraße bis Triester Straße), die Laxenburger Straße (von Gudrunstraße bis Buchengasse), die Triester Straße (von Quellenstraße bis Wienerbergstraße), die Knöllgasse (von Quellenstraße bis Windtenstraße) und die Windtenstraße (von Triester Straße bis Raxstraße) erhielten im Rahmen des Straßenbauprogrammes neue Fahrbahnbeläge.

Die beiden anderen Schwerpunkte des Straßenbauprogramms lagen 1968 im Bereich der Lobkowitzbrücke und der Linken Wienzeile. Außerdem wurde der Ausbau der Prager Straße von der Rußbergstraße zur Stadtgrenze vorangetrieben.

Nicht vergessen werden soll, daß im 22. Bezirk mit dem Ausbau der sogenannten Schnellstraße begonnen wurde. Diese neue Straßenverbindung (Viktor Kaplan-Straße, Magdeburstraße, Erzherzog Karl-Straße) soll nach der Fertigstellung der vierten Donaubrücke den Verkehr von der Stadt in den transdanubischen Siedlungsraum (Wohn- und Arbeitsgebiete in Stadlau und Kagran) tragen.

- - -

Bezirksvertretungssitzung in der kommenden Woche

24. Jänner (RK)

Dienstag, 28. Jänner:

17.00 Uhr, 2, Karmelitergasse 9, 2. Stock, Sitzungssaal.

Donnerstag, 30. Jänner:

17.00 Uhr, 3, Karl Borromäusplatz 3, 1. Stock, Sitzungssaal.

- - -

gabe.

Ballkalender

=====

24. Jänner (RK) In der Woche vom 27. Jänner bis 2. Februar finden in Wien folgende größere Ballveranstaltungen statt:

Montag, 27. Jänner: Sofiensäle (Zuckerbäckerball)

Dienstag, 28. Jänner: Parkhotel Schönbrunn (Hietzinger Ball 1969)

Mittwoch, 29. Jänner: Sofiensäle (Ball der Katholischen Hochschuljugend)

Donnerstag, 30. Jänner: Konzerthaus, Sofiensäle (Ball der Flugtouristik-Reisering, Ball der Technik)

Freitag, 31. Jänner: Grünes Tor (Ball des Reichsbundes für Turnen und Sport), Haus der Begegnung (Ball der Österreichischen Staatsdruckerei), Hofburg (Ball des Wiener Korporationsringes), Konzerthaus (Ball der Wiener Handelsakademien), Kursalon (Ball der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, Landesverband Wien), Messepalast (Ball des Schwabnvereins Wien, NÖ. und Burgenland), Palais Auersperg ("Violette-Redoute 1969" - Stud.-Verb. Amelungia-Babenberg), Palais Pallavicini (Ball der Chemie und Wirtschaft), Parkhotel Schönbrunn (11. Ballnacht der Unteroffiziere, Chargen und Präsenzdieners der Garnison Wien) Schwechaterhof (Ball der Tel.-Truppschule), Secession (3. Akademien-Gschnasfest "LSDepression"), Sofiensäle (Ball der Verkehrspolizei), Vienna Intercontinental (Ball des Verbandes der Absolventen der Höheren Technischen Bundeslehr- und Versuchsanstalt Wien IV).

Samstag, 1. Februar: Albert-Sever-Saal (Ball der Naturfreunde, Fachgruppe E-Werk), Baumgartner Casino (Ball der SPÖ Penzing Sektion VIII und XVI), Bayrischer Hof (Leopoldstädter Bürgerball), Grünes Tor (Ball der Freunde des Sportclubs Rapid), Haus der Begegnung (Ball der Sportvereinigung Viktoria), Hofburg (Juristenball), Konzerthaus (Ball der Union (Österr. Turn- und Sport-Union)), Kursalon (Ball der Landesinnung Wien der Schuhmacher), Messepalast ("Roter Nelken-Ball" der SPÖ Brigittenau), Palais Auersperg (Josefstädter Bürgerball), Palais Festetics (Ball der ÖVP Alsergrund), Palais Schwarzenberg (67. Ball der Technisch-Akademischen Lesehalle), Parkhotel Schönbrunn (Ball des

Klubs der Fleischhauer- und Selchermeister-Söhne und -Töchter), Schwechaterhof (Ball des Österr. Vereins der Angestellten der Eisen- und Metallbranche), Simmeringer Hof (Ball des Sportclubs Mautner-Markhof), Sofiensäle (Ball der Creditanstalt-Bankverein), Vienna Intercontinental (Ball der Katholischen Lehrerschaft Wiens), Weißer Engel (Volkstanzfest des Österr. Alpenvereins), Wimberger (Narrenabend des Neubauer Männergesangvereins)

Sonntag, 2. Februar: Palais Auersperg (Ball der Pfarre Kaasgraben), Konzerthaus (Ball der Katholischen Jugend), Wimberger (Kränzchen der Alpinen Gesellschaft "D'Kamptaler")

- - -

Fälligkeitstermine der Abgaben der Stadt Wien im Februar

24. Jänner (RK) Im Februar 1969 sind nachstehende Abgaben fällig:

10. Februar: Ankündigungsabgabe für Jänner, Getränkesteuer für Jänner, Gefrorenessteuer für Jänner, Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die zweite Hälfte Jänner.

14. Februar: Anzeigenabgabe für Jänner, Ortstaxe für Jänner.

15. Februar: Lohnsummensteuer für Jänner, Grundsteuer zu einem Viertel ihres Jahresbetrages, wenn dieser 200 Schilling übersteigt, wenn der Jahresbetrag 200 Schilling nicht übersteigt, der gesamte Jahresbetrag. Gebühren für die Benützung und Räumung von Unratsanlagen (ehemals Kanalräumungsgebühr) und Müllabfuhrabgabe (ehemals Hauskehrichtabfuhrgebühr) zu einem Viertel ihres Jahresbetrages.

25. Februar: Vergnügungssteuer und Sportgroschen für die erste Hälfte Februar.

28. Februar: Hundeabgabe zur Hälfte.

- - -

Sitzung des Wiener Landtages

=====

24. Jänner (RK) Der Wiener Landtag trat heute vormittag unter dem Vorsitz von Präsident Dr. Wilhelm Stemmer zu einer Sitzung zusammen. Zu Beginn wurden Abg. Fritz Hofmann (SPÖ) zum Mitglied des Immunitätskollegiums sowie die Abg. Hans Mayr und Walter Seeböck (SPÖ) zu Mitgliedern des Unvereinbarkeitsausschusses gewählt. Die Funktionen waren durch das Ableben von Landtagsabgeordneten Dr. Josef Bohmann (SPÖ) vakant geworden.

Novelle zum Blindenbeihilfengesetz

Über die Novellierung des Blindenbeihilfengesetzes referierte Stadträtin Maria Jacobi (SPÖ). Sie stellte die verschiedenen Verbesserungen für die Blinden heraus: Alle Bürger Wiens, die älter als 18 Jahre sind, haben nunmehr unter den entsprechenden Voraussetzungen das gleiche Anrecht auf Blindenbeihilfe. Mögliche Härten beim Umzug in ein anderes Bundesland wurden gemildert, ebenso die Bestimmungen für Auslandsaufenthalte.

Außerdem wird durch den Entwurf eine gewisse Verwaltungsvereinfachung erreicht, und schließlich erfolgt mit dem neuen Text eine Anpassung an die in der Medizin üblichen Bezeichnungen ("Beispiel: "praktische Blindheit" wird zur "schwersten Sehbehinderung").

Abg. Dr. Erwin Hirnschall (FPÖ) kritisierte, daß man von den insgesamt 12 Paragraphen des Gesetzes nicht weniger als zehn geändert habe. Viel sinnvoller wäre es gewesen, gleich das ganze Gesetz neu zu überarbeiten. Im übrigen enthalte das Gesetz eine Reihe von Verbesserungen für die blinden Mitbürger, weshalb die FPÖ dem Entwurf zustimmen werde.

In ihrem Schlußwort erläuterte Stadträtin Maria Jacobi daß die Blindenbeihilfen in allen österreichischen Bundesländern in der gleichen Höhe festgesetzt werden. Im übrigen habe sich auch der Wiener Blindenverband zu dem vorliegenden Entwurf zustimmend geäußert. In der Abstimmung wurde die Änderung des Blindenbeihilfengesetzes vom Landtag einstimmig angenommen.

./.

Novelle zum Kleingartengesetz

Hier ~~auf~~ wurde eine Novelle zum Wiener Kleingartengesetz, mit der das Kleingartengesetz der Verfassungslage angepaßt wird, gemäß dem Bericht von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (SPÖ) einstimmig ohne Debatte angenommen.

Weitere Gesetze

Gemeinsam gelangten sodann das Unfallfürsorgegesetz 1967 und die Abänderung des Gesetzes über die Gebühren der gewählten Funktionäre des Landes (der Stadt) Wien zur Verhandlung. Über beide Vorlagen referierte Stadtrat Hans Bock (SPÖ). Das Unfallfürsorgegesetz regelt die Ansprüche der Beamten der Stadt Wien, ihrer Hinterbliebenen und Angehörigen auf Leistungen aus Anlaß eines Dienstunfalles oder einer Berufskrankheit. Die zweite Vorlage schafft eine gleichartige Regelung für die gewählten Funktionäre. Voraussetzung für die Leistung nach dem Unfallfürsorgegesetz ist ein Dienstunfall oder eine Berufskrankheit. Unter Dienstunfall sind zum Beispiel auch Unfälle auf dem Weg zur oder von der Dienststelle zu verstehen.

Das Gesetz sieht bei Dienstunfällen oder Berufskrankheiten Sachleistungen - wie ärztliche Behandlung, Anstaltspflege, Beistellung von Heilmitteln, Körperersatzstücken usw. - und Geldleistungen vor. Voraussetzung für die Geldleistungen an den Versehrten ist eine länger als drei Monate dauernde Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 20 Prozent. In diesem Fall gebührt jedenfalls die Grundrente. Diese beträgt bei völliger Erwerbsunfähigkeit zwei Drittel der Bemessungsgrundlage, bei teilweiser Erwerbsunfähigkeit ist sie entsprechend geringer. Beträgt die Minderung der Erwerbsfähigkeit mindestens 50 Prozent, so gebührt dem Versehrten überdies eine Zusatzrente für Schwerversehrte in der Höhe eines Fünftels der Grundrente.

Das Gesetz, das rückwirkend mit 1. Juli 1967 in Kraft tritt, soll auch für Versehrte, ihre Hinterbliebenen und Angehörigen gelten, wenn der Dienstunfall beziehungsweise die Berufskrankheit vor dem Wirksamkeitsbeginn eingetreten ist. Die Geldleistungen gebühren auf Antrag und ab 1. Juli 1967.

Wie Stadtrat Bock hervorhob, ist das Unfallfürsorgegesetz das fünfte neue dienstrechtliche Gesetz dieser Gesetzgebungsperiode.

Landtagsabgeordneter Dr. Bauer (ÖVP) bedauerte in seinem Diskussionsbeitrag, daß die Vorarbeiten zu dieser gesetzlichen Regelung sich doch recht schleppend abgewickelt haben. Wie bedeutungsvoll die Regelung sei, ergebe sich aus der Tatsache, daß bei der Versicherungsanstalt der öffentlichen Bediensteten 8.000 Fälle - der älteste von ihnen aus dem Jahr 1918 - anhängig sind. Derzeit werden 500 Berentungen nach Unfällen durchgeführt, zahlreiche Anträge liegen zur Begutachtung auf. Berentungen nach Dienstunfällen und Berufserkrankungen sind nunmehr auch im Rahmen der Gemeindeverwaltung zu erwarten.

Trotz aller Bemühungen weise die KFA immer größere Abgänge auf. Im vorliegenden Gesetzentwurf vermißt man daher umso schmerzlicher Vorschläge für konkrete Kostenbeiträge seitens der Gemeindeverwaltung an die KFA und die Betriebskrankenkasse. Derzeit sind es vier Krankenversicherungsanstalten, von denen die Gemeindebediensteten versorgt werden. Durch eine Vereinheitlichung der Krankenversicherungsträger würde seiner Meinung nach eine Rationalisierung und Kostenverminderung, damit aber auch eine Leistungssteigerung möglich. Er könne sich vorstellen, daß diese Anregung auch außerhalb des Hauses Beachtung finden sollte. Selbstverständlich aber werde seine Fraktion dem Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen.

Landtagsabgeordneter Pesk (SPÖ) unterstrich, daß durch den vorliegenden Gesetzentwurf der Wiener Landesdienst wieder um vieles attraktiver werde. Das Wiener Dienstrecht besteht nun aus fünf großen Gesetzesteilen, dem Dienstrecht für die Beamten der Stadt Wien, dem Besoldungsrecht, der Pensionsordnung, dem Ruhegehalt- und Zulagengesetz und nun dem Unfallfürsorgegesetz. Der fehlende gesetzliche Unfallschutz wurde bisher als große Lücke empfunden. Beamte der Stadt Wien mußten nach Unfällen oder nach auftretenden Schäden nach Berufserkrankungen in völlig neue Berufe umgeschult werden, womit meistens die Aussichten auf Aufstieg und Beförderung zunichte gemacht wurden. Nun ist selbst der Wegunfall als Unfallgeschützter Komplex in das neue Gesetzwerk aufgenommen worden. Jene Unfälle also, die auf dem Weg von der Wohnung zur Dienststelle durch den explodierenden Straßenverkehr oder andere Ereignisse geschehen können, nach denen bisher die Hinterbliebenen völlig unversorgt zurückblieben.

Die Schaffung einer Rentenkommission als Berufungsinstanz für den Leistungsanspruch bezeichnete der Abgeordnete als einen neuen mutigen Weg der Gemeindeverwaltung, in dem unter anderem auch den Vertretern der Gewerkschaft entscheidendes Einspruchsrecht eingeräumt wird.

Der Redner kam abschließend auf die Sach- und Geldleistungen des neuen Gesetzes zu sprechen und erläuterte die Zusammensetzung der paritätischen Rentenkommission. Dann teilte er mit, daß die sozialistische Fraktion der Vorlage ihre Zustimmung geben werde.

In seinem Schlußwort sagte Stadtrat Bock, daß der Gesetzesentwurf erfreulich rasch ausgearbeitet werden konnte: die Frist wäre erst Mitte 1969 abgelaufen. Wie schwierig die Materie sei, läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß die Vorbereitungen für dieses Gesetz auf Bundesebene mehr als drei Jahre lang gedauert hätten.

Dem Dienstnehmer erwachsen bekanntlich keine Kosten aus dem neuen Gesetz, alles hat der Dienstgeber zu bezahlen.

Bei der folgenden Abstimmung wurde das Gesetz in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt, betreffend das Wiener Starkstrom-Wegegesetz, referierte Stadtrat Dkfm. Hintschig (SPÖ). Dieses Landesgesetz gilt für alle elektrischen Leitungsanlagen für Starkstrom, die sich nur auf den Bereich des Bundeslandes Wien erstrecken; hiezu zählen auch Umspann-, Umform- und Schaltanlagen. Starkstrom im Sinne dieses Landesgesetzes ist elektrischer Strom mit einer Spannung über 42 Volt oder einer Leistung von mehr als 100 Watt.

Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Ende des Sitzungsberichtes.)

Dankkonzert für den Weihnachtsbaum
=====

24. Jänner (RK) In Anwesenheit von Kulturstadträtin Gertrude Sandner und den Spitzenpolitikern der Kärntner Landesregierung brachten die Wiener Symphoniker Mittwoch Abend im Konzerthaus Klagenfurt das "Dankkonzert für den Weihnachtsbaum" dar. Wie schon tags vorher in Graz gestaltete sich auch dieser Abend zu einem Triumph der Wiener Symphoniker : Die begeisterten Zuhörer erzwangen durch nicht enden wollenden Beifall eine Wiederholung. Der wienerischen Note wurde insoferne Rechnung getragen, als Schubert's Melodien noch einmal aufklangen. Besonders gefeiert wurden die beiden blutjungen Solisten Michael Schnitzler (Violine) und Wolfgang Herzer (Violoncelle), die das Brahms-Doppelkonzert in virtuoser Weise spielten.

Im Anschluß an das völlig ausverkaufte Konzert, das gestern Gesprächsthema der musikbegeisterten Klagenfurter war, fand in den Repräsentationsräumen der Kärntner Landesregierung ein großer Empfang statt. In seiner Ansprache unterstrich Landeshauptmann Hans Sima die besonderen Aufgaben kultureller Darbietungen. Mit ihnen allein, so meinte der Landeshauptmann, sei es in der heutigen Zeit möglich, gute Beziehungen zu den Nachbarn jenseits aller Landesgrenzen herzustellen. Die Österreich-Tournee der Wiener Symphoniker soll mithelfen, die Ressentiments zwischen den Bundesländern und Wien abzubauen. Die musikalische Aufgabe der Kärntner, die sich vor allem mit dem Chor- und Liedgesang beschäftigen, bestehe in der Nachbarschaftspflege bis an die Adria. In der Folge teilte der Landeshauptmann mit, daß ab September 1969 in Kärnten ein umfangreiches modernes Musikschulwerk eröffnet werden soll, das seinem Aufbau und seiner Struktur nach dem Wiener Musikschulwerk angeglichen sein wird.

Kulturstadträtin Gertrude Sandner überbrachte die Grüße des Bürgermeisters Bruno Marek und den Dank der Stadt Wien für den vom Faaker-See stammenden Weihnachtsbaum. "Das Konzert der Wiener Symphoniker soll mehr als nur ein gesellschaftliches Ereignis sein." In einer Zeit, da die Sensationen Vorrang haben, und die Gesprächsbereitschaft immer geringer und oberflächlicher wird, könnte die Good-Will-Tour der Symphoniker vielleicht zu einem neuen Weg des Zueinanderfindens werden", schloß Stadträtin Sandner ihre Ansprache.

Sitzung des Wiener Gemeinderates
=====

24. Jänner (RK) Bürgermeister Marek eröffnet die Sitzung des Wiener Gemeinderates um 10.25 Uhr.

Von Gemeinderäten der SPÖ wurden zwei Anfragen eingebracht, die am Schluß der Sitzung von Vizebürgermeister Slavik (Auswirkung der Alkoholsteuer) und Stadtrat Pfoch (Wasserwirtschaftsfonds) beantwortet werden.

Von der KLS wurden zwei Anträge, betreffend Initiative des Bürgermeisters bei der Bundesregierung für die Anerkennung der Demokratischen Republik Nordvietnam, und betreffend Aufstockung der Mittel für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses eingebracht.

Die ÖVP hat drei Anträge eingebracht, und zwar betreffend Zusammenstellung der Beteiligungen der Bundeshauptstadt Wien, betreffend Vorlage eines Generalverkehrsplanes, und betreffend die Beseitigung der Frostaufbrüche.

Die Anträge wurden dem Bürgermeister beziehungsweise den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Bürgermeister Marek machte dem Gemeinderat Mitteilung von der Mandatsrücklegung des Gemeinderates Rösner (SPÖ-Ottakring) und würdigte unter allgemeinem Beifall dessen hohe Qualitäten und Verantwortungsbewußtsein.

Hierauf wurden die infolge des Ablebens des Gemeinderates Dr. Bohmann und des Mandatsverzichts des GR. Rösner neu berufenen sozialistischen Mandatäre Adolf Czettel und Stephan Schemer angelobt. Außerdem wurden die in dem Zusammenhang notwendig gewordenen Ergänzungswahlen vorgenommen, die sämtlich einhellig erfolgten. Zu einem der Vorsitzenden des Gemeinderates wurde GR. Dr. Gisel (SPÖ) einstimmig gewählt.

Den ersten Verhandlungsgegenstand bildete die Festsetzung der Fahrpreise für die Benützung des Skiliftes auf der Skipiste Hohe Wand-Wiese. Wie Berichterstatter Herbert Mayr (SPÖ) ausführte, war die Befassung des Gemeinderates mit dieser Angelegenheit notwendig geworden, da die Festsetzung derartiger Tarife der Beschlußfassung durch den Gemeinderat bedarf. Wie bisher sollen Einzelfahrten für Kinder bis zum 15. Lebensjahr zwei Schilling und für Erwachsene vier Schilling, Blockkarten für zehn Fahrten 15 beziehungsweise 30 Schilling kosten.

GR. Neusser (ÖVP) gab seiner Freude über das Vorhandensein einer solchen Anlage in Wien Ausdruck und verwies auf die starke Frequenz dieses Skiliftes. An einem Wochenende wird er durchschnittlich von 10.000 Besuchern frequentiert. Die Liftanlage hat rund 560.000 S gekostet, das ganze Skizentrum zirka 5,1 Millionen Schilling. Wenn man berücksichtigt, daß durchschnittlich in einer Wintersaison an sechs Wochenenden rund 120.000 Schilling eingenommen werden und der Lift auch wochentags in Betrieb ist, könnte er - ohne Berücksichtigung der Betriebskosten - in fünf bis sechs Jahren amortisiert sein. Ein Vergleich mit den Fahrpreisen anderer Skilifte zeigt jedoch, daß der Tarif in Wien relativ hoch ist. Selbst exklusive Wintersportorte verlangen ähnliche Preise. Er will jedoch nicht den Preis an sich kritisieren, sondern vielmehr den Vorschlag machen, zumindest für Kinder die Einführung einer Halbtags- oder einer Tageskarte zu schaffen.

Als erstaunlich bezeichnet es der Redner, daß weder der Lift noch die zehn Schneekanonen im Inventarverzeichnis enthalten sind. Auch im Rechnungsabschluß scheine er nicht auf. Vielleicht könnte im Gemeinderatsauschuß III Auskunft über die Geschäftslage gegeben werden.

Dem Antrag werde seine Fraktion die Zustimmung erteilen.

GR. Herbert Mayr (SPÖ.) verweist in seinem Schlußwort darauf, daß die Hohe Wand-Wiese im 14. Bezirk, also in Wien liegt. Vielleicht könnte man sie in der Öffentlichkeit, vor allen Dingen auch durch Zeitungsberichte, als "Wiener Skipiste" populär machen, denn derzeit kommt es leider häufig vor, daß Uneingeweihte die Hohe Wand-Wiese im Gebiet der Hohen Wand suchen.

Zu den Liftpreisen: Man muß bedenken, daß in den Wintersportorten der Schnee kostenlos geliefert wird, in Wien jedoch mittels der Schneekanonen erzeugt wird. Bei dieser Gelegenheit dankt der Referent den während der Nacht dort arbeitenden Bediensteten für ihren Einsatz im Interesse der Sportler. In den Fremdenverkehrsorten werden die Liftanlagen auch aus Gründen der Fremdenverkehrswerbung errichtet und die Hotels geben Zuschüsse.

Der Skilift und der Ausbau der Piste wurde erst im April 1968 fertiggestellt und scheint daher erst seit diesem Zeitpunkt in den Berichten und im Inventar auf. Im heurigen Jahr haben bisher 150.000 Sportler diese Skipisten benützt.

Als interessant bezeichnet es der Referent, daß die ÖVP heute so positiv über diese Skipiste spricht, während sie vor einiger Zeit noch von einer "Bastelei" sprach. Zu erreichen sei diese Wiener Skipiste leicht mit den Autobussen ab Hütteldorf.

Der Referent erinnert daran, daß Montag, den 27. Jänner das Burschik-Pokal-Rennen stattfindet, für das Weltklasseläufer gemeldet wurden. Von der FIS wurde dieses Rennen auf der Wiener Skipiste als Sonderrennen anerkannt.

Über die Anregung, Tages- oder Halbtageskarten einzuführen, werde man im Ausschuß III gerne beraten.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Aufnahme eines Darlehens für Schnellbahnstation Rennweg und Anschaffung von drei Schnellbahnzugsgarnituren

GR. Jodlbauer (SPÖ) stellt den Antrag auf Aufnahme eines Darlehens von 73 Millionen Schilling bei inländischen Kreditinstituten zu den bestmöglichen Bedingungen und Weitergabe an den Bund für die Errichtung der Schnellbahnstation "Rennweg" sowie für die Anschaffung von drei Schnellbahnzugsgarnituren. Die Stadt Wien gewährt dieses unverzinsliche Darlehen auf die Dauer von zwanzig Jahren und übernimmt auch den Zinsendienst. Auf Grund von Verhandlungen mit den zuständigen Bundesstellen ist mit der baldigen Annahme dieses Angebotes zu rechnen.

GR. Haag (ÖVP) stellt fest, daß der vorliegende Antrag praktisch eine Kostenteilung bedeutet. Die Errichtung der Schnellbahnstation Rennweg sei ebenso zu begrüßen wie der Ankauf von weiteren Garnituren, der eine Verkürzung der Intervalle ermöglichen wird.

Der Redner betonte die Bedeutung der Schnellbahnstation Rennweg für die Bevölkerung als Umsteigstelle, aber auch für die wirtschaftliche Aufwertung der umliegenden Stadtgebiete. Die Österreichische Volkspartei werde dem vorliegenden Antrag gerne ihre Zustimmung geben.

Als nächste Rednerin kam GR. Margarete Tischler (SPÖ) zu Wort. Den bevorstehenden Beschluß des Gemeinderates bezeichnete sie als "die Erfüllung eines langgehegten Wunsches der Landstraßer Bevölkerung". Die Konzeptlosigkeit der ÖVP auf Bundesebene sei dafür verantwortlich, daß die Lösung nicht schon vor Jahren herbeigeführt werden konnte. Darüber hinaus werde die Wiener Bevölkerung hinsichtlich der Finanzierung der Schnellbahnstationen in den Propagandaschriften der Wiener ÖVP bewußt falsch informiert. Ihre Fraktion, die SPÖ, werde dem Antrag gerne ihre Zustimmung geben, sagte die Rednerin.

Im Schlußwort dehnte GR. Jodlbauer die Bedeutung des neuen Verkehrsbauwerks noch weiter aus: Es sei für den ganzen Einzugsbereich von Simmering bis Schwechat von großer Wichtigkeit. Die vom Berichterstatter erbetene Zustimmung des Gemeinderates zu dem vorliegenden Antrag wurde in der Abstimmung einstimmig erteilt.

200 Millionen Zuschuß für die Verkehrsbetriebe

Als nächster Tagesordnungspunkt gelangte ein Antrag zur Verhandlung, wonach den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben aus den Mitteln der Hoheitsverwaltung für das Jahr 1969 ein Zuschuß in der Höhe von 200 Millionen Schilling erteilt werden soll. Als Berichterstatter sprach GR. Franz Nekula (SPÖ). Er erläuterte, daß auch heuer der Ausbau und die Modernisierung der Einrichtungen der Verkehrsbetriebe vorangetrieben werden soll. Die dadurch entstehenden großen finanziellen Belastungen machen den Zuschuß der Hoheitsverwaltung nötig.

Als erster Debattenredner kündigte GR. Franz Karger (KLS) die Zustimmung seiner Fraktion zu dem vorliegenden Antrag an. Dennoch sei zu kritisieren, daß zwar seit Jahren von Sanierungsmaßnahmen geredet werde, aber eine Verbesserung noch nicht erreicht werden konnte. Die Wartezeiten für die Straßenbahnbenutzer werden länger, das Defizit der Verkehrsbetriebe wird größer.

Die beiden Koalitionsparteien des Wiener Rathauses seien für diese Entwicklung voll verantwortlich, nicht zuletzt deshalb, weil sie bisher alle Anregungen und Anträge der Kommunisten abgelehnt hätten.

Ich frage die Herren der Sozialistischen Partei: "Was erwarten Sie sich von ÖVP-Vorschlägen, von Unternehmervertretern, die gegen die Interessen von Wien sind? Ich frage Sie weiter, warum macht die SPÖ keine eigenen Vorschläge zur Sanierung? Warum werden immer wieder die Vorschläge der KLS abgelehnt? Warum zwingen sie nicht den Finanzminister, auf die Entrichtung der Verkehrssteuer zu verzichten?" Die 200 Millionen Schilling, die heute genehmigt werden, stopfen wieder nur ein Loch zu, ohne daß eine Lösung erzielt wird. Es sei ihm unverständlich, warum man nicht auf die beiden Hauptfolgerungen des Konzeptes von Prof. Dr. Voigt eingegangen ist, der feststellte, daß ein öffentliches Verkehrsmittel niemals kostendeckend geführt werden kann, Erhöhungen keine Erleichterung, hingegen aber eine fühlbare Verschärfung im Individualverkehr mit sich bringen. Und zweitens, daß die kostenlose Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel auf jeden Fall besser ist, weil damit der Individualverkehr eingedämmt und Ausgaben dafür gespart werden können. Nur über die kostenlose Benützung kann entscheidend Personal eingespart, der drückende Mangel an Bediensteten verringert und die 40-Stunden-Woche im Gemeindedienst rasch eingeführt werden.

GR. Peter (FPÖ) teilte zunächst mit, daß auch seine Fraktion die Zustimmung erteilen werde, nicht aber auf die Beschwerdeführung verzichten könne. Schon vor dem ersten Weltkrieg sei der "Kranke Mann am Bosphorus" durch die Schlagzeilen aller Gazetten gegeistert. Der "kranke Mann in der Wiener Stadtverwaltung" ist seit mehr als zehn Jahren die Wiener Straßenbahn. Ein kranker Mann, der immer kränker wird, aber nicht sterben kann, weil er nicht sterben darf. Berechnungen haben ergeben, daß das tägliche Defizit der Wiener Verkehrsbetriebe zwei Millionen Schilling, das Defizit je Sekunde 30 Schilling betrage. Ohne jede Planung gewähre man immer dann, wenn sich die Verkehrsbetriebe im höchsten Alarmzustand befinden, eine

Katastrophenhilfe. Zwischendurch spielen die Mehrheitsparteien des Wiener Rathauses die Verkehrsbetriebe einander als "Schwarzen Peter" zu. Die rote Rathaus-Majorität macht ausgerechnet in dieser Angelegenheit von ihrer Machtfülle keinen Gebrauch. Einig sind sich beide Fraktionen nur darüber, die Vorschläge der FPÖ niederzustimmen und in Vergessenheit geraten zu lassen. Schon Stadtrat Breitner habe sich mit energischen Worten von der Miß- und Schuldenwirtschaft distanziert.

Die Erkenntnis der FPÖ im Jahre 1960, daß sich das Defizit nur dann verringern lasse, wenn man rasch mit dem Bau einer Untergrundbahn beginne, sei jetzt erst und so schockartig in das Bewußtsein der politischen Mandatäre gedrungen, daß der Gemeinderat frühzeitig aufgelöst und Neuwahlen beantragt werden mußten. Nicht einmal die zu erwartende Verwaltungsvereinfachung sei in jenem Maß erfolgt, wie sie die FPÖ selbstverständlich angenommen hat.

GR. Hahn (ÖVP) brachte den nach der Behandlung der Geschäftsgruppe XII bei den Budgetberatungen von GR. Gawlik, Herbert Mayr und Genossen gestellten Antrag zur Diskussion, in dem diese von der Amtsführenden Stadträtin Schaumayer einen echten Sanierungsplan verlangen.

Im Juli 1957 sei die ÖVP damit befaßt gewesen, Pläne auszuarbeiten, auf welche Weise die Wiener Verkehrsbetriebe auf eine gesunde Basis gestellt werden können, ohne daß Tarifierhöhungen durchgeführt werden müssen.

Damals habe Stadtrat Nathschläger erklärt, eine Sanierung der Verkehrsbetriebe sei nicht nur aus finanziellen Gründen notwendig, sondern auch aus Gründen der Betriebssicherheit.

Stadtrat Schwaiger habe wiederholt verlangt, den Stadtwerken die Belastungen durch die Hoheitsverwaltung doch endlich abzunehmen. Obwohl immer notleidend, haben die Verkehrsbetriebe Millionenbeträge als Wegebenützungsgebühr abführen müssen.

Im Jahr 1966 erklärte Bürgermeister Marck bei einem Radiointerview, die Verkehrsbetriebe seien in allen europäischen Ländern Sorgenkinder. Sie erleiden Einbußen durch den steigenden Individualverkehr, Modernisierungen könnten nicht ohne weiteres durchgeführt werden.

Der Redner warf den Sozialisten vor, daß sie die Anträge der ÖVP ablehnten, die gesetzten Maßnahmen dagegen für eine echte Sanierung nicht reichten, sondern nur immer dann, wenn der Betrieb zusammenzubrechen drohte, eine gewisse Erleichterung brachten. Und bis zum Jahre 1961 bekamen die Stadtwerke überhaupt keinen Groschen von Magistrat, sie mußten vielmehr bis zu diesem Zeitpunkt rund 700 Millionen abführen.

In dem Zusammenhang kam der Redner auf das Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche zu sprechen und hielt den Sozialisten vor, daß dann auch die 41. bis 45. Stunde als Überstundenleistungen abgegolten werden müßte. Sie müssen daher der Bevölkerung auch klar sagen, welche Gehaltsauswirkungen das bei den Wiener Stadtwerken haben und was dann eine Straßenbahnfahrt in Wien kosten wird.

Zusammenfassend stellte GR.Hahn fest, daß das seit zwanzig Jahren von den ÖVP-Stadträten vertretene Sanierungsprogramm als Hauptpunkte aufwies: Bessere Ausstattung der Wiener Stadtwerke mit Eigenkapital zur Durchführung der notwendigen Investitionen und Verringerung der Zinsen- und Tilgungslasten für das Fremdkapital, Befreiung der Stadtwerke von betriebsfremden Lasten, Befreiung von der Last der Altpensionen, die durch Pensionsrückstellungen nicht gedeckt sind, und Rationalisierungsmaßnahmen zur Verringerung des Personal mangels und erhöhter Attraktivität der Massenverkehrsmittel. So weit unsere Vorschläge - von einem Sanierungsvorschlag der SPÖ sei bis zum heutigen Tage nichts bekannt! - Wir werden dieser Post unsere Zustimmung erteilen.

GR.Hans Mayr (SPÖ) befaßte sich gleichfalls mit der Fernsehsendung und erklärte: Hier sollte den Bediensteten der Wiener Verkehrsbetriebe die Schuld an dem Defizit der Verkehrsbetriebe in die Schuhe geschoben werden. Es war eine Reportage, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt war und eine sehr einseitige Schlagseite hatte. Da wurde vom Rundfunk-Fernsehen offenbar ein politischer Auftrag erfüllt und nicht eine informative Sendung gestaltet. Gegen so etwas soll man sich zur Wehr setzen.

Dem Gemeinderat Hahn warf der Redner vor, daß er zwei divergierende Forderungen aufstellte, einerseits Kreditaufnahme,

aber andererseits keine Zinsenlasten. Aus Krediten entstehen natürlich Zinsenlasten für das betreffende Unternehmen. Man muß sich also schon für etwas entscheiden.

Die ÖVP hätte die Verantwortung auch auf dem Sektor der Preise tragen müssen. Am 22. Juli 1955 hat sich der heute bereits öfter zitierte Stadtrat Nathschläger geweigert, eine Tarifierhöhung für die Wiener Stadtwerke zu vertreten, eine Erhöhung, von deren Notwendigkeit alle überzeugt sein mußten. Mit politischer Demagogie allein kann man aber die Stadtwerke nicht sanieren. Ein Sanierungsprogramm wurde aber von den dafür Zuständigen und dafür Verantwortlichen nicht vorgelegt. Sie fordern immer nur eine Subventionierung, tun aber nichts für eine Sanierung. Schließlich könne auch eine Subventionierung nur auf Kosten der Wiener Bevölkerung erfolgen. Mit Ausnahme dieses 22. Juli 1955 wurden alle Maßnahmen jedoch auch von der Volkspartei mitbeschlossen. Man kann also nicht bei Verhandlungen zustimmen, nachher aber die Parteienverantwortung für das Verhandlungsergebnis abwälzen.

Es seien sich alle bewußt, daß die Situation der Wiener Verkehrsbetriebe durch den steigenden Individualverkehr schwierig ist und daß man entsprechende Lösungsvorschläge erarbeiten muß. Man sei sich jedoch auch bewußt, daß die Hoheitsverwaltung nach Maßgabe der Möglichkeiten weiterhin Zuschüsse leisten wird und daher werde seine Fraktion auch dem vorliegenden Antrag zustimmen.

GR. Nekula stellt im Schlußwort fest, daß GR. Gawlik sehr wohl das Recht habe, Anträge im Gemeinderat einzubringen, auch wenn er nicht Mitglied des den Antrag betreffenden Ausschusses sei. Nicht ganz so klar sei es jedoch, ob ein Wiener Gemeinderat das Recht habe, "einen Leg zu suchen", durch den die Wiener Hoheitsverwaltung für niederösterreichische Gemeinden Verkehrsverbesserungen schaffen sollte. Wiener ÖVP-Gemeinderäte sollten sich nicht den Kopf zerbrechen, wie noch mehr Ausgaben für die Wiener Verkehrsbetriebe und für die Wiener Bevölkerung erwachsen könnten.

Als 1961 der Wirtschaftsplan der Wiener Stadtwerke mit einem Abgang von 108 Millionen für 1962 eingebracht wurde und dann durch einen Zuschuß der Hoheitsverwaltung von 100 Millionen auf acht Millionen reduziert werden konnte, hat die Volkspartei dies der Initiative und Tatkraft von Stadtrat Schwaiger zugesprochen. Jede Ermäßigung und jede nur mögliche Rabattgewährung werde zwar von der Volkspartei verlangt, woher aber das Geld kommen soll, dafür werden keinerlei Vorschläge unterbreitet. So wurde ein Antrag der Volkspartei auf Gültigkeit des Kurzstreckenfahrtscheines auch an Sonn- und Feiertagen eingebracht, obwohl man wußte, daß auch eine solche Maßnahme das Defizit nur vergrößern würde. Bei den seinerzeitigen Parteienverhandlungen 1965/66 hat man grundsätzlich über längerfristige Zuschüsse beraten und die Gewährung eines Zuschusses von 1,2 Milliarden, aufgeteilt auf drei Jahre, beschlossen. Diese Vereinbarung wurde nicht nur eingehalten, sondern sogar überschritten. Es wurde jedoch bei diesen Parteienverhandlungen kein Sanierungskonzept vorgelegt. Es wäre Aufgabe der zuständigen Stadträtin, Vorschläge für künftige Tarifregelungen und Fahrpreiserhöhungen zu erstatten. Die Verantwortung für die Verkehrsbetriebe liege seit 23 Jahren in den Händen der ÖVP. Die Sozialisten haben sich zu den Stadtwerken bekannt: Zeugnis dafür geben die bedeutenden Zuschüsse an Bar- und Sachleistungen. 2.857 Millionen Schilling sind an Sach- und Barleistungen von der Hoheitsverwaltung an die Wiener Stadtwerke geleistet worden. Bezieht man die Beförderungsgebühr und ähnliches ein, hat die Stadtverwaltung rund drei Milliarden Schilling für die verschiedenen Sanierungsmaßnahmen der Stadtwerke zur Verfügung gestellt.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Baurechtsvertrag zwischen der Stadt Wien und der EKAZENT

GR. Nimmerichter (SPÖ) stellt einen Antrag auf Abschluß eines Baurechtsvertrages zwischen der Stadt Wien und der EKAZENT-Realitätenverwertungsgesellschaft m.b.H. zur Errichtung einer Ladenzeile in Wien 21, Ecke Dopschstraße Großfeldstraße.

Nächster Redner war GR. Dr. Habl (ÖVP). Er betonte, daß bei solchen Vertragsabschlüssen der Gemeinderat natürlich in erster Linie die Interessen der Stadt Wien wahrzunehmen habe. Die Bedingungen dieses Vertrages seien tatsächlich ein gutes Geschäft, aber nicht für Wien, sondern für den Vertragspartner, die EKAZENT. Die Gestaltung der Bedingungen für diese Gesellschaft und auch für die Konsumgenossenschaft bei Vertragsabschlüssen mit der Gemeinde Wien sei so geartet, daß sich unter Umständen mit der Zeit eine Monopolstellung dieser beiden Gesellschaften entwickeln könnte.

Da außerdem - durch den bereits erfolgten Bau der Verkaufshalle in der Großfeldsiedlung - der Gemeinderat wieder einmal vor vollendete Tatsachen gestellt werde und gewissermaßen nur einen Sanierungsbeschluß fassen könne, sehe sich die ÖVP außerstande, dem Antrag ihre Zustimmung zu erteilen.

Nächste Rednerin war GR. Maria Szöllösi (SPÖ). Sie ersuchte den Gemeinderat um die Zustimmung zum vorliegenden Antrag und sagte, es sei wichtig, das Problem aus der Sicht jener Hausfrauen zu sehen, die in der Großfeldsiedlung leben und dort ihren Bedarf decken müssen. Die Rednerin stellte die Frage, wie die Ablehnung des Antrages durch die ÖVP mit der sonst immer lautstark behaupteten "Familienfreundlichkeit" dieser Partei in Einklang zu bringen sei.

Vizebürgermeister Slavik nahm zu den Ausführungen des GR. Dr. Habl noch einmal Stellung, um nicht den Eindruck entstehen zu lassen, daß man das EKAZENT und den Konsumverein in nicht zu verantwortender Weise bevorzuge. Wie jedermann wisse, ist der Grundwert in den einzelnen Bezirken sehr verschieden hoch. Wollte man nach den üblichen Baurechtsbedingungen die Grundstücke vergeben, würden dadurch Mietzinsungerechtigkeiten und Ungerechtigkeiten in der Preisbildung der Grundnahrungsmittel entstehen.

Demnach müßten die Bewohner von Hietzing wesentlich mehr für ihre Nahrungsversorgung bezahlen als die Bewohner von Floridsdorf oder von Donaustadt. Aus diesem Grund versuche man seit langem, eine einheitliche Basis zu finden. Daß dazu viel Zeit und ungezählte Verhandlungen notwendig sind, ist jedermann verständlich. Daß es zahlloser Unterredungen bedurfte, um einen einheitlichen Grundpreis von 12 Schilling auszuhandeln und den nunmehr gültigen Vertrag festzulegen, brauche eigentlich gar nicht begründet werden.

Was das EKAZENT anlangt, hat es überhaupt keine eigenen Geschäfte, sondern stellt nur Ladenzeilen her. Da es für private Ladenbesitzer Geschäfte erbaut, andererseits die Stadtverwaltung nicht mit jedem einzelnen Privaten Verhandlungen über einen Baurechtsgrund führen kann, war naheliegend, daß man dem EKAZENT gleiche Bedingungen für die privaten Ladenbesitzer einräumen muß wie den Genossenschaften. Diesen Standpunkt, so meinte Vizebürgermeister Slavik, kann man sehr wohl vor der Bevölkerung verantworten. Dies schon deshalb, weil dadurch gleichhohe Lebenskosten für alle sichergestellt sind.

Was aber geschah in Wirklichkeit? Den fertiggestellten Ladeneinrichtungen wurde die Benützungsbewilligung verweigert. Erst der Auftrag des Bürgermeisters machte es möglich, daß weitere Verzögerungen ausgeschlossen wurden und die Interessen des Konsumenten gewahrt werden konnten. Es liege ihm daran, daß dies vor der Abstimmung noch einmal überdacht werden soll. Der Antrag wurde ohne die Stimmen der ÖVP angenommen.

Fernwärmewerk Spittelau

Baustadtrat Kurt Heller (SPÖ) ersuchte um die grundsätzliche Genehmigung zur Errichtung des dritten Bauabschnittes des Fernwärmewerkes Spittelau mit einem Kostenaufwand von 250 Millionen Schilling. 100 Millionen Schilling sind im Voranschlag 1969 bedeckt, für die restlichen Kostenerfordernisse ist in den Voranschlägen der folgenden Jahre Vorsorge zu treffen.

GR.Dr. Krasser (ÖVP) rief in Erinnerung, daß seine Fraktion sowohl in der Bauausschußsitzung wie im Stadtgenat die Zustimmung dazu verweigert habe. Die Erklärung dazu sehe er in der Entwicklung des Projektes, für das man schon bei den Parteien

verhandlungen im Jahr 1967 Wirtschafts- und Rentabilitätsberechnungen gefordert und auch von den Vertretern der sozialistischen Fraktion zugesagt erhalten habe. Als nach deren Nicht-einlangen Vizebürgermeister Dr. Drimmel am 1. Juli 1968 noch einmal um die Überlassung der Berechnungen ersuchte, antwortete Vizebürgermeister Slavik am 12. August, daß er es bedaure, daß die Berechnungen noch nicht vorgelegt seien, dies aber im September mit Sicherheit nachgeholt werde. Auf Grund inoffizieller Berechnungen, die die E-Werke angestellt haben, sei man mit dem Ergebnis vertraut gemacht worden, daß das Fernwärmewerk erst im 9. Betriebsjahr aus der Verlustzone gelangen werde. Im Oktober 1968 verwies die ÖVP-Fraktion bei der Gründung der "Heizbetriebe-Lien Ges.m.b.H." noch einmal darauf, daß man vergleichende Rentabilitätsstudien anstellen müsse. So könnte doch niemand im Ernst vertreten, daß sich die Ertragslage der E- oder Gaswerke verschlechtern solle, nur um ein Fernwärmewerk am Leben zu erhalten. Man möge doch auch daran denken, daß man mit der Sowjetunion einen Erdgasvertrag mit 23jähriger Laufzeit abgeschlossen und sich mit der Bedingung einverstanden erklärt habe, steigende Abnahmen zu garantieren.

Die SPÖ habe seinerzeit zugestimmt, daß vor der Beschlußfassung über den Ausbau der Fernwärme Rentabilitätsberechnungen angestellt werden. Dadurch soll sichergestellt werden, daß die 3. Versorgungsschiene, die Fernwärme, nicht den beiden anderen Versorgungsschienen, Elektrizität und Gas, Konkurrenz mache. Diese für September 1968 versprochenen Rentabilitätsberechnungen wurden aber bis heute nicht vorgelegt.

Vorgelegt wurde lediglich ein Exposé über Rentabilitätsberechnungen beim Blockheizwerk Kagran, denen jedoch keine betriebswirtschaftliche Aussage zukommt. Das Exposé enthalte außerdem mehrere unrichtige Angaben.

GR. Dr. Krasser schloß mit der Feststellung, daß der weitere Ausbau der Fernwärme ohne entsprechende Unterlagen und Rentabilitätsberechnungen als unternehmerisches Wagnis bezeichnet werden müsse.

./.

Der nächste Debattenredner, GR. Ing. Hofstetter (SPÖ), stellte fest, daß Koordinierungsgespräche bereits 1966 geführt worden seien. Selbstverständlich liegen auch alle erforderlichen Berechnungen über die Wirtschaftlichkeit vor. Der Bund hätte sich sonst wohl kaum entschlossen, den Ausbau des Fernheizwerkes Spittelauer Lände mit 200 Millionen Schilling mitzufinanzieren.

Betriebswirtschaftliche Vergleiche sind vorhanden, die Jahresbilanzen wurden bis 1980 erstellt. Der Vollausbau wird im achten Betriebsjahr erreicht, dann beginnt die Rentabilität. Bei einem Umsatz von 200 Millionen Schilling pro Jahr wird etwa die Hälfte dieses Betrages für die Betriebsführung und die Löhne benötigt, außerdem für Rücklagen, um das Fernheizwerk auf dem neuesten Stand der Technik zu halten.

Die Stadtwerke haben am 5. Dezember 1968 zu den ihnen übermittelten Unterlagen Stellung genommen und die Berechnungen als richtig bezeichnet. Aus dem Protokoll ist zu ersehen, daß die E-Werke keinerlei Bedenken haben, auch den wirtschaftlichen Standpunkt zu befürworten. Die Wärme-Kraft-Kupplung arbeitet mit einem thermischen Wirkungsgrad von 76 Prozent gegenüber einem Wirkungsgrad von nur 34 Prozent bei den E-Werken.

Vergleichszahlen über den Wirkungsgrad gibt es von den Fernheizwerken in München, Hamburg und Berlin; in Hamburg konnte mit der Wärme-Kraft-Kupplung sogar ein Wirkungsgrad von 80 Prozent erreicht werden.

Den Grund für die Ablehnung der Vorlage durch die ÖVP kann man sich also nur damit erklären, daß sie glaubt, zu wenig Einfluß auf das Fernwärmewerk und den Fernwärmebetrieb zu haben. Es geht also nicht um sachliche Probleme, sondern um politische Entscheidungen. Es ist grotesk, daß die ÖVP glaubt, hier aus Gründen des Proporz nicht zustimmen zu können, während sie sonst immer vorgibt, gegen den Proporz zu sein. Es nicht das erstemal, daß die ÖVP nur ein Lippenbekenntnis für Wien übrig hat. Wir werden eben auch diesen sehr wichtigen Schritt für unsere Stadt allein unternehmen müssen. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort weist Stadtrat Heller den Vorhalt, es seien keine Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgelegen, entschieden zurück und stellt fest, daß zwei Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorlagen. Er hält weiter fest, daß völlige Einmütigkeit zwischen den Stadtwerken, der Verwaltungsgruppe VI und der Finanzverwaltung besteht, daß die Frage der Zuständigkeit eindeutig geregelt und auch die Koordination gesichert ist. Er dankt Senatsrat Dipl.-Ing. Swaty, einem Fachmann von europäischem Ruf, für seine ausgezeichnete Arbeit. Auch Stadtrat Heller meint, es gehe der ÖVP nicht so sehr um technische und wirtschaftliche Probleme als vielmehr um den Einfluß. Wir sind überzeugt, daß wir hier einen für die Wiener Bevölkerung richtigen Beschluß fassen. (Beifall bei der SPÖ!)

Die Vorlage wird hierauf mit den Stimmen von SPÖ, FPÖ und KLS angenommen.

10,5 Millionen für Fremdenverkehrsförderung

Anschließend legt GR. Ascherl (SPÖ) den Antrag vor, dem Fremdenverkehrsverband für Wien einen Förderungsbeitrag von 10,5 Millionen Schilling zu gewähren.

GR. Herbert Mayr (SPÖ) verweist darauf, daß die Gemeinde Wien der Fremdenverkehrsförderung in Wirklichkeit noch viel mehr gibt, wobei er auf die Subventionen für die Staats- und Privattheater und auf die Kreditaktionen für die Wiener Gaststätten verweist.

Gleichzeitig wirft er die Frage auf, was denn der Bund für den Fremdenverkehr in Wien unternehme. Während man im Westen Autobahnen baut, auf denen die deutschen Gäste nach dem Süden durchgeschleust werden, fehlt noch immer die Verbindung der Autobahn von Linz nach Passau und weiter nach Nürnberg, um auch aus diesem Raum Gäste nach Wien zu bringen. Man hat uns auch noch nicht gesagt, wie die Einmündung des Main-Donaukanals aussehen wird; denn auch die Wasserstraße wäre geeignet, den Fremdenverkehr in Wien zu heben. Betrübtlich ist auch, daß die Privat- und Staatstheater gerade im Sommer nicht spielen, wodurch auch ein Teil der Besucher, der gerne nach Wien käme, von hier ferngehalten wird.

./.

Die Bemühungen Wiens, Fremde in unsere schöne Stadt zu bringen, werden leider vom Bund nicht unterstützt. Das Fernsehen und leider auch viele Journalisten helfen nicht immer mit, den Wiener Fremdenverkehr zu fördern. Die Stadtverwaltung bemüht sich, durch Ausstellungen und Kongresse, durch die Wiener Festwochen und andere Veranstaltungen für Wien zu werben. Leider hat sie in ihren Bemühungen keine Unterstützung durch den Bund. Durch die Initiative von Stadträtin Sandner und Vizebürgermeister Slavik ist es gelungen, auch auf dem Sektor des Fremdenverkehrs viel für Wien zu tun, sodaß der Slogan "Wien hat immer = Saison" wirkliche Berechtigung hat.

GR. Ascherl verzichtet auf das Schlußwort.

Der Antrag wird bei der Abstimmung einstimmig angenommen.

Subvention für die Wiener Symphoniker

GR. Herbert Mayr (SPÖ) referiert einen Antrag, dem Verein "Wiener Symphoniker" für das Kalenderjahr 1969 zur Durchführung seiner Aufgaben eine Subvention bis zu einem Betrag von 12,667.000 Schilling zu gewähren. Dieser Betrag soll dazu dienen, den Gebarungsabgang der Wiener Symphoniker gemeinsam mit dem Unterrichtsministerium im Verhältnis 2:1 zu decken. Sollten die Wiener Symphoniker höhere Einnahmen als angenommen erzielen, würde sich der Subventionsbedarf entsprechend verringern. Derzeit werden Verhandlungen mit dem Österreichischen Rundfunk bezüglich der Honorierung der Symphoniker geführt.

GR. Ascherl (SPÖ) bezeichnet die Wiener Symphoniker als ein Orchester ersten Ranges, das zweifellos in allen Konzertsälen der Welt Anerkennung findet und das aus dem Musikleben unserer Stadt nicht wegzudenken ist. Im Jänner 1970 werden die Symphoniker ihren 70jährigen Bestand feiern. Sie haben während dieser langen Zeit stets Werke zeitgenössischer Komponisten in ihr Programm aufgenommen und dabei mehr als 150 Werke zum ersten Mal aufgeführt.

GR. Ascherl dankt dem bisherigen Chefdirigenten Wolfgang Sawallisch, der seit 1960 der Dirigent der Wiener Symphoniker war, für seine großen Verdienste um diesen Klangkörper und wünscht ihm für seine neue künstlerische Arbeit in München viel Erfolg (Beifall des Gemeinderates).

./.

Als bedauerlich bezeichnet es der Redner, daß das Unterrichtsministerium mitgeteilt hat, daß es nicht die erforderlichen 6,333.000 Schilling veranschlagen konnte, sondern nur 6,2 Millionen. Es ist zu hoffen, daß der Unterrichtsminister Mittel und Wege findet, um den noch offenen Betrag zur Verfügung stellen zu können.

Große Sorge bereite auch das Nachwuchsproblem. Die Situation ist dadurch schwieriger geworden, weil die Orchester zahlenmäßig immer umfangreicher werden, weil moderne Werke eine größere Anzahl von Musikern erfordern. Darüber hinaus entstehen neue Klangkörper, so soll angeblich auch für Rundfunk und Fernsehen ein eigenes Orchester aufgebaut werden. Erstklassige Kräfte könnten daher unter Umständen von den bestehenden Klangkörpern abgeworben werden. Der Redner verlangt in diesem Zusammenhang eine wirtschaftliche und pensionsrechtliche Sicherstellung für die Mitglieder der Wiener Symphoniker und alle notwendigen Maßnahmen, um ausreichend Nachwuchskräfte heranbilden zu können. Bedauerlicherweise sei der prozentuelle Anteil der Sechs- bis 18jährigen, die in Österreich das Spielen eines Instrumentes erlernt haben, auf 15 Prozent gesunken. Es seien daher die Bemühungen der Stadtverwaltung um das Musikleben unserer Stadt besonders zu begrüßen. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf die Tätigkeit der Musiklehranstalten, der Musikschulen, des Konservatoriums, die Veranstaltung von internationalen Musiker-Wettbewerben, die Konzerte im Rahmen des Jugendabonnements und ähnliche Einrichtungen. Man müßte auch gegen die Verringerung der Gesangstunden in den Schulen energisch eintreten. Die Stadt Wien werde alles in ihrem Rahmen Mögliche zur Förderung der Musik unternehmen.

GR. Mayr verzichtet auf das Schlußwort. Bei der Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

Die Auswirkungen der Alkoholsteuer

Zum Schluß der Tagesordnung gab es noch zwei Anfragen sozialistischer Gemeinderäte an Vizebürgermeister Felix Slavik (SPÖ) und Stadtrat Hubert Pfösch (SPÖ). Beide Anfragen wurden sofort mündlich beantwortet.

Die Anfrage der SPÖ-Gemeinderäte an Vizebürgermeister Slavik betraf die Auswirkungen der vom Parlament beschlossenen Sonderabgabe auf alkoholische Getränke (kurz "Alkoholsteuer" genannt), auf die Getränkesteuer und die Vergnügungssteuer. Die Gemeinderäte fragten ferner, ob der städtische Finanzreferent bereit sei, Maßnahmen gegen daraus entstehende zusätzliche Belastungen zu treffen.

Vizebürgermeister Felix Slavik führte in seiner Beantwortung aus, ihm sei die schwierige Situation völlig klar, die sich für das Gewerbe daraus ergebe, daß genau genommen jetzt auch noch eine Getränkesteuer von der Alkoholsteuer eingehoben werden müsse. Dasselbe gelte für die Vergnügungssteuer, da es auf Grund der Rechtslage eigentlich nötig sei, die Alkoholsteuer in die Bemessungsgrundlage für diese beiden Steuern einzubeziehen. Slavik führte dazu aus: "Ich habe Anweisung gegeben, daß die Alkoholsteuer vorläufig nicht in die Bemessungsgrundlage einbezogen wird." Es sei aber für einen Finanzreferenten gar nicht so einfach, auf Abgaben zu verzichten, die auf Grund der Gesetzeslage eingehoben werden müssen. Es werde deshalb nötig sein, noch mit dem Finanzminister und dem Rechnungshofpräsidenten zu verhandeln.

Was erhielt Wien aus dem Wasserwirtschaftsfonds

Stadtrat Hubert Pfoch wurde von SPÖ-Gemeinderäten gefragt, wie hoch der Anteil Wiens an den 3,8 Milliarden Schilling sei, die der Österreichische Wasserwirtschaftsfonds in den zehn Jahren seines Bestehens zur Förderung von Wasserbauvorhaben ausgeschüttet hat. Stadtrat Pfoch informierte den Gemeinderat, daß das Land Wien von diesem Betrag nur 178 Millionen - das sind umgerechnet 4,6 Prozent - erhalten hat. Zu der mehrfach in der Presse wiedergegebenen Behauptung des Wasserwirtschaftsfonds, dieser fördere Kanalbauvorhaben der Länder mit nicht weniger als 47 Prozent der gesamten Baukosten, stellte Pfoch fest, daß die erste Baustufe der Hauptkläranlage Simmering (Kosten: 330 Millionen) trotz eindringlicher Vorstellungen der Wiener Verhandlungsdelegation beim Wasserwirtschaftsfonds mit nicht mehr als 35 Prozent gefördert werde. Pfoch nannte diese Gegenüber-

stellung eine "arge Diskrepanz" und führte dazu grundsätzlich aus: "Mit der Darstellung der wahren Relationen hinsichtlich der Förderung von Wiener Vorhaben durch den österreichischen Wasserwirtschaftsfonds wird eine Legende zerstört, die in letzter Zeit mit sehr viel Aufwand unter die Leute gebracht werden soll: die Legende, daß der Bund all seine Kräfte anspannt, um dem Lande Wien zu helfen."

Abschließend appellierte Pfoch an die Bundesstellen, dem Land Wien die ihm gebührende gerechte Behandlung zuteil werden zu lassen.

Da nach diesen Anfragen die Tagesordnung erschöpft war, schloß Bürgermeister Marek die Sitzung um 14,45 Uhr.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -

Bezirksvorsteherung Wieden übersiedelt
=====

24. Jänner (RK) Die Bezirksvorsteherung für den 4. Bezirk und das Fürsorgerreferat für den 4. Bezirk übersiedeln am Montag, dem 27. Jänner in das neue Amtshaus 4, Favoritenstraße 18. Wegen der Übersiedlung ist Montag, den 27., und Dienstag, den 28. Jänner kein Parteienverkehr.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

24. Jänner (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 6 S, Rote Rüben 3 bis 4 S, Chinakohl 5 S, Weißkraut 3 bis 5 S, Sellerie 6 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Qualitätsklasse "Kochobst" 3 bis 5 S, Qualitätsklasse "II" 5 bis 8 S, Bananen 7 bis 8 S, italienische Birnen 6 bis 8 S, Orangen 5.50 bis 6 S je Kilogramm.

- - -